

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 14 vom 5. Dezember 2012

Der staatliche Petitionsausschuss hat am 5. Dezember 2012 die nachstehend aufgeführten vier Eingaben abschließend beraten. **Der Ausschuss bittet, die Bürgerschaft (Landtag) möge über die Petitionen wie empfohlen beschließen und die Vorlage dringlich behandeln.**

Manfred Oppermann
(Stellvertretender Vorsitzender)

Der Ausschuss bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären, da die Bürgerschaft (Landtag) keine Möglichkeit sieht, den Eingaben zu entsprechen:

Eingabe-Nr.: L 18/184

Gegenstand: Verbot der Verwendung eines Wortes

Begründung: Der Petent regt an, dafür Sorge zu tragen, dass der Begriff „links-extremistisch“ von bremischen Behörden in Zukunft nicht mehr benutzt werde. Der Begriff habe diffamierenden und ausgrenzenden Charakter. Er sei so unspezifisch, pauschal und vage, dass er zum Missbrauch verleite.

Mit dem Begriff Linksextremismus werden nach übereinstimmender Definition der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder Bestrebungen von Personenzusammenschlüssen bezeichnet, die anstelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine sozialistische beziehungsweise kommunistische Gesellschaft oder eine „herrschaftsfreie“, anarchistische Gesellschaft etablieren wollen und ihr politisches Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Ideologien orientieren. Vor diesem Hintergrund teilt der staatliche Petitionsausschuss die Einschätzung des Petenten über den Charakter des Begriffs „linksextremistisch“ nicht. Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass eine entsprechende Weisung zur Untersagung eines bestimmten Begriffs faktisch kaum umsetzbar sein dürfte.

Eingabe-Nr.: L 18/192

Gegenstand: Naturpark Wildeshauser Geest

Begründung: Der Petent regt an, dass sich das Land Bremen dem Zweckverband des Naturparks Wildeshauser Geest anschließt. Der staatliche Petitionsausschuss kann das Anliegen des Petenten nicht unterstützen. Ein Grund, weshalb ein solcher Anschluss sinnvoll sein könnte, ist nicht ersichtlich und auch vom Petenten nicht vorgetragen.

Eingabe-Nr.: L 18/193

Gegenstand: Weltdokumentenerbe

Begründung: Der Petent regt an, die Aufnahme der Werke von Paula Modersohn-Becker und Heinrich Vogeler in das Weltdokumentenerbe zu beantragen.

Der staatliche Petitionsausschuss kann das Anliegen des Petenten nicht unterstützen. Die Werke der beiden Künstler sind sicherlich

bedeutend. Eine Anmeldung zum Weltdokumentenerbe erscheint dem staatlichen Petitionsausschuss aber nicht angemessen.

Der Ausschuss bittet, folgende Eingabe für erledigt zu erklären:

Eingabe-Nr.: L 18/191

Gegenstand: Fusionsreaktor

Begründung: Der Petent bittet darum, auszuschließen, dass in Bremen ein Fusionsreaktor gebaut wird.

Es gibt weltweit noch keinen aus Netzstrom erzeugenden Fusionsreaktor. Die technischen Hürden sind hoch, ein Fusionsreaktor muss extrem hohe Drücke und Temperaturen erzeugen, um die Fusion in Gang zu setzen. In Bremen existiert ein solcher Reaktor nicht. Es besteht auch keine Absicht, einen solchen zu bauen.